

Ein Dossier von ENGAGEMENT GLOBAL in Zusammenarbeit mit der Redaktion WELT-SICHTEN.

# Partnerschaftlich verbunden

Städte, Gemeinden und Landkreise engagieren sich gemeinsam in Deutschland, Nordafrika und im Nahen Osten – für eine lebenswerte Zukunft

**ENGAGEMENT  
GLOBAL**

Service für Entwicklungsinitiativen



mit ihrer

**SERVICESTELLE**  
KOMMUNEN IN DER EINEN WELT

Mit Mitteln des



Bundesministerium für  
wirtschaftliche Zusammenarbeit  
und Entwicklung

Kommunaler Austausch baut Brücken:  
Vertreterinnen und Vertreter  
deutscher und palästinensischer  
Kommunen in Jericho im September  
2017.

Foto: Engagement Global/Alaa Ajouri



Inhalt

- 3 Gemeinsam Lösungsansätze entwickeln**  
Partnerschaftliche Zusammenarbeit mit Kommunen im Nahen Osten und Nordafrika  
Stefan Wilhelmy, Nadja Bonarius und Wencke Müller
- 6 Unter Kollegen**  
Im direkten Fachaustausch bringen Expertinnen und Experten ihr Know-how in der MENA-Region zur Wirkung  
Benjamin Jeromin
- 8 Jugend gestaltet Stadt**  
Wie 17- bis 27-Jährige aus Stuttgart und Menzel Bourguiba einen Ort verändern wollen  
Christine Rohrer
- 10 Auf dem Weg zur Partnerschaft**  
Fünf Allgäuer Gemeinden wollen libanesischen Kommunen zur Seite stehen  
Ingrid Grohe
- 12 „Ein anderer Blick auf eigene Werte“**  
Interview mit Johannes Hill von der Stadtverwaltung Trier
- 14 Es wird ein Bürgerpark!**  
Jendouba und Wolfsburg füllen ihre kommunale Entwicklungspartnerschaft mit Leben  
Christine Rohrer
- 16 Zwischen Rebellion und Global City**  
Stadtentwicklung in Marokko  
Raffael Beier
- 18 Kommunale Selbstverwaltung**  
Leipzig lotet im Prozess der Dezentralisierung in Marokko Handlungsspielräume für Bürgerbüros aus  
Silvia Haas
- 20 Fragiles Umfeld, stabile Partnerschaften**  
Wie deutsche Kommunen die Verbesserung kommunaler Dienstleistungen in Palästina unterstützen  
Wencke Müller und Hans Frühauf
- 22 Engagement möglich machen**  
Finanzielle Unterstützung für kommunale Entwicklungspolitik

# Zwischen Rebellion und Global City

## Stadtentwicklung in Marokko

| Raffael Beier

Im Königreich Marokko ist Nachhaltigkeit ein Modewort der Stadtplanung geworden – zumeist jedoch beschränkt auf Umweltaspekte. Wesentliche stadtplanerische Leitlinien gibt König Mohammed VI. vor, Kommunen müssen umsetzen, Bürgerinnen und Bürgern bleibt bisher wenig Einfluss.

Spätestens seit der UN-Konferenz in Rio de Janeiro 1992 ist nachhaltige Stadtentwicklung zu einem globalen Leitbild geworden. Eines der zentralen Dokumente der Konferenz, die Lokale Agenda 21, betont die Bedeutung von dezentralen Institutionen und Bürgerteilhabe. Die königliche Stadtpolitik in Marokko jedoch zielt darauf ab, große Städte zu modernisieren und international zu vermarkten.

Des Königs Vision für Casablanca – Marokkos größte Metropole und wirtschaftliches Zentrum – ist eine Global City nach dem Vorbild Dubais. Sie soll Investorinnen und Investoren ins Land locken, den Tourismus ankurbeln und den ökonomischen Fortschritt Marokkos demonstrieren. Dafür entstehen derzeit eine

neue Waterfront mit einem gläsernen Turm als Landmarke, ein neues Finanzzentrum sowie ein umweltfreundliches Straßenbahnnetz. Neben diesen Großprojekten stehen auch die ärmeren Arbeiterviertel im Fokus der Stadtplanung.

### | Notfall-Stadtplanung

In den als Slums stigmatisierten Vierteln wird eine Stadtpolitik betrieben, die der marokkanische Soziologe Abderrahmane Rachik als „Notfall-Stadtplanung“ beschreibt. Ihm zufolge treibt der marokkanische Staat dort städtebauliche Veränderungen nur voran, wenn er unter Druck gerät. So gingen Bewohnerinnen und Bewohner von Armenvierteln 1981 gegen den Preisanstieg bei Grundnahrungsmitteln auf die Straße. Die Politik reagierte darauf, indem sie einige dieser Viertel, sogenannte Bidonvilles, umsiedelte.

Bidonvilles sind oft bereits in der Kolonialzeit entstandene, selbstgebaute Siedlungen, in denen die Menschen ohne formellen Besitzanspruch wohnen. Wörtlich aus dem Französischen übersetzt bedeutet der Begriff Blechkanisterstadt. In 2003 wurden diese Viertel nach den Selbstmordattentaten in Casablanca erneut zum Thema, da einige der Attentäter aus Bidonvilles kamen. König Mohammed VI

nahm die Ereignisse zum Anlass, um das Programm „Städte ohne Slums“ ins Leben zu rufen. Anschläge, Proteste und Revolten sind für das Königshaus der „städteplanerische Notfall“, auch weil sie das gewünschte Image Marokkos als politisch stabiler und wirtschaftlich starker Staat in Nordafrika – und somit Casablanca Traum von der Global City – gefährden.

### | Programm „Städte ohne Slums“

Das oberste Ziel des königlichen Programms lautet: Die Bidonvilles müssen weichen. Laut Ministerium sind etwa 400.000 Haushalte in 85 Städten Marokkos betroffen. Nach und nach wurden deren Bewohnerinnen und Bewohner in Neubauviertel an den Stadträndern umgesiedelt. Mit über 80 Prozent ist heute ein Großteil der Bidonvilles aufgelöst. Das Innenministerium und das Ministerium für Stadtentwicklung haben die Richtlinien des

Links: Ein Bidonville im Großraum Casablanca im Dezember 2016. Alle Viertel dieser Art müssen weg – das ist das Ziel des vom Palast vorgegebenen Programms „Städte ohne Slums“.

Rechts: „Casablanca Marina“, eines der Mega-Projekte der marokkanischen Metropole.



Fotos: Raffael Beier

**Kurz vor dem Abriss: Bidonville Karyan Central im März 2015. Bei der Umsiedlung mussten 35.000 Menschen ihre Häuser verlassen.**

Programms ausgearbeitet. Umgesetzt wird es über die halbstaatliche Wohnungsgesellschaft Al Omrane – auf lokaler Ebene von Präfekten des Innenministeriums überwacht. Mit den einzelnen Kommunen wurde jeweils ein Partnerschaftsvertrag geschlossen, der ihre unterstützende Rolle auf administrativer Ebene festhält. Städte erheben beispielsweise Zensusdaten und führen Lotterie-Verfahren durch, auf deren Basis die Grundstücke vergeben wurden.

Offiziell beinhaltet das Programm „Städte ohne Slums“ auch Elemente der Bürgerbeteiligung, *accompagnement social* genannt. Kritischen Stimmen zufolge geht es dabei jedoch im Wesentlichen darum, die Bevölkerung der Bidonvilles durch gezielten Informationsfluss von den schon vorher beschlossenen Bedingungen der Umsiedlungen zu überzeugen – Möglichkeiten für eine tatsächliche Einflussnahme existieren nicht. Von Projekt zu Projekt zeigen sich allerdings Abstufungen in der Interpretation des *accompagnement social*. Dies machen die beiden Beispiele Karyan Central und Ennakhil deutlich.

### | Umsiedlung ist nicht gleich Umsiedlung

Karyan Central war eines der ältesten und bekanntesten Bidonvilles Marokkos. Die etwa 35.000 Bewohnerinnen und Bewohner der Siedlung mussten ab 2009 aus zentraler Lage in Casablanca in die zehn Kilometer entfernte Satellitenstadt Nouvelle Lahaouiyyine außerhalb der Stadtgrenze umziehen. Die Bevölkerung wurde einerseits über einige Punkte der anstehenden Umsiedlung informiert, andererseits aber auch systematisch manipuliert. Lediglich für einige ausgewählte Bewohnerinnen und Bewohner gab es eine Informationsveranstaltung, auf der die Vorgehensweise des anstehenden Umzugs bekanntgegeben wurde. Indem nur ein ausgesuchter Kreis eingeladen war, sollten Protest verhindert und vor allem einflussreiche Bewohner und Bewohnerinnen für das Projekt gewonnen werden. Darüber hinaus wurden im Rahmen des *accompagnement social* gezielt Falschinformationen gestreut, um von der Qualität der neuen Siedlung zu überzeugen.

In Ermangelung klar festgelegter Kriterien wurden Umsiedlungskonditionen oft individuell und auf Basis von Bestechung und Kor-



Foto: Raffael Beier

ruption ausgehandelt. Am Ende blieben trotzdem noch Menschen, die nicht überzeugt werden konnten. Im Mai 2016 vertrieben die lokalen Behörden in Zusammenarbeit mit Militär- und Polizeieinheiten die etwa 2500 Nicht-Umzugswilligen gewaltsam und zerstörten ihre Häuser.

Dass Umsiedlungen auch weniger autoritär durchgesetzt werden können, zeigt das Beispiel der Siedlung Ennakhil, wie von Christian Arandel und Anna Wetterberg in der Zeitschrift „Cities“ beschrieben. Auf königliche Initiative hin sollten die Menschen aus Ennakhil wenige Kilometer entfernt ein neues Zuhause finden. Grund dafür war die Lage des Bidonvilles in Sichtweite des internationalen Flughafens von Casablanca. Die Umsiedlung wurde jedoch zunächst durch zum Teil gewaltsame Proteste von Bewohnerinnen und Bewohnern verhindert. Über Mund-zu-Mund-Propaganda hatten sie von den Plänen erfahren – und auch vom finanziellen Eigenanteil, den alle für die neuen Appartements entrichten sollten. Daraufhin entschieden sich die Projektplanenden für ein alternatives Vorgehen.

Im Rahmen der königlichen Vorgaben wurde Raum für Bürgerbeteiligung geschaffen. Mit finanzieller Unterstützung der Agentur der Vereinigten Staaten für internationale Entwicklung (USAID) richtete die nichtstaatliche Organisation RTI International ein Beratungsbüro in Ennakhil ein, das über zwei Jahre hinweg die Umsiedlung begleitete. Die Menschen in Ennakhil wurden darin bestärkt, sich aktiv in die Prozesse einzubringen. Zwi-

schen den Bewohnerinnen und Bewohnern und den lokalen Behörden konnte Vertrauen aufgebaut werden, das Büro bereitete ihre Verhandlungen vor und begleitete sie. Auf diese Weise konnten Konflikte abgeschwächt, Mitbestimmungsmöglichkeiten gestärkt und Umsiedlungskonditionen verbessert werden.

### | Einfluss von Kommunen ist gering

Im Gegensatz zur Umsiedlung von Karyan Central konnte im Fall von Ennakhil mehr Transparenz geschaffen werden. Trotzdem ist der Einfluss von Kommunen und lokalen Partnern begrenzt. Die Entscheidung für eine Umsiedlung und damit gegen eine Verbesserung vor Ort fielte sowohl bei Karyan Central als auch bei Ennakhil das Königshaus. Die lokalen Behörden bleiben weiter gezwungen, zentralstaatliche und königliche Anweisungen umzusetzen. Dass hierbei nur wenig Gestaltungsspielraum für die Betroffenen bleibt, liegt auf der Hand. Doch ist am Beispiel von Ennakhil zu sehen, dass dieser enge Spielraum erfolgreich genutzt werden kann. Mit institutionalisierten Beteiligungsformen lassen sich Probleme, die mit den vorgegebenen Programmen einhergehen, zumindest abschwächen. ||



**Raffael Beier** ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Entwicklungsforschung und Entwicklungspolitik der Ruhr-Universität Bochum.